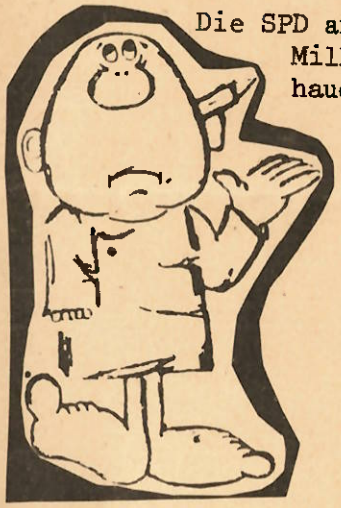
SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

herausgegeben vom Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591 - Nr. 6/72
1. November - Solidaritätsbeitrag 5o Pfennig

SPD vor der Wahl



Die SPD an der Regierung, das war und ist auch noch der Traum von Millionen deutschen Arbeitern. Die SPD hatte es mit einer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit und einem liberalen Koalitionspartner 1969 geschafft. Sie übernahm die Regierung zu einer Zeit, in der Korrekturen der bisherigen Innen- und Außenpolitik notwendig geworden waren und in der die bis dahin regierende CDU/CSU sich als unfähig erwiesen hatte, das staatliche Steuerungs- und Krisenmanagement jenen Ansprüchen anzupassen, die die herrschenden Kapitalfraktionen an den Staat stellten. Mit einer Politik der Reformen sollte ein Modernitätsrückstand aufgeholt werden, der bereits zu einer bedrohlichen Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche geführt hatte. Außenpolitische Frontbegradigungen sollten dem deutschen Kapital Märkte eröffnen, auf die nicht länger verzichtet werden konnte.

Die bis 1969 regierende CDU, die über 2o Jahre schon die politische und ideologische Stabilität garantierte, hatte sich so sehr in die Legitimation des bisher Bestehenden verstrickt, daß es ihr unmöglich war, sich an die veränderten Bedingungen und Anforderungen nach der Restaurationsphase sofort und reibungslos anzupassen.

Die katastrophalen Verhältnisse an Schulen und Hochschulen, in den Krankenhäusern, auf dem Wohnungsmarkt, die ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung, die fortschreitende Verarmung der Städte und Gemeinden und die damit verbundene sprunghafte Verteuerung kommunaler Dienstleistungen, die Zerstörung der Lebensbedingungen durch eine anarchische kapitalistische Produktion schienen nur mit dem sozialdemokratischen Programm gesellschaftlicher Reformen überwindbar. Noch vor dem offenen Aufbrechen einer das gesamte System erschütternden Krise erhielt die SPD 1969 eine Chance und zugleich die Aufgabe, jene Schäden zu repa-

SPD vor der Wahl

rieren, die in der Phase der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus entstanden waren. Die SPD sollte die politischen Entscheidungen durchsetzen, durch die das Aufholen des Rückstandes der Produktivkräfte unterstützt und die an einigen Stellen brüchig gewordene Massenloyalität wieder gesichert werden sollte.

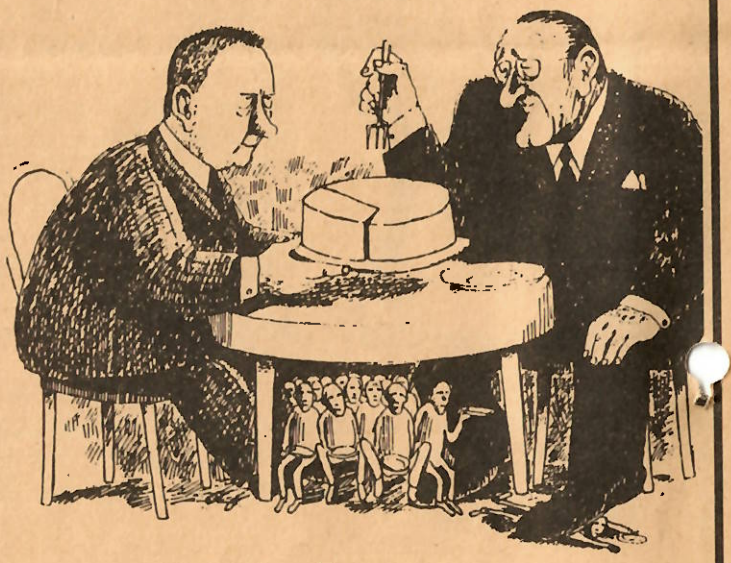
Sozialdemokratische Reformpolitik am Beispiel Betriebsverfassungsgesetz

Es kann nicht übersehen werden, daß der allergrößte Teil der westdeutschen Arbeiterklasse diesen Wahlerfolg und die Bildung der Regierung Brandt/Scheel auch als ihren politischen Erfolg angesehen hatte. Wer daran Zweifel hegte, mußte sich spätestens durch die spontanen Aktionen in den Tagen des von der CDU/CSU geplanten kalten Staatsstreichs auf dem Wege des konstruktiven Mißtrauensvotums eines Besseren belehren lassen. Für diese Regierung wurden bei jeder Tarifauseinandersetzung Opfer gebracht, die Ostpolitik dieser Regierung fand in der Arbeiterschaft Unterstützung, die persönliche Integrität des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers ermöglichte wieder eine Identifikation mit der Partei-Führung.

Selbst wenn diese Regierung nicht an korrumpierten und korrumpierbaren Abgeordneten gescheitert wäre, hätte sie die Unmöglichkeit, ihre Versprechungen einlösen zu können, eingestehen müssen. Die bescheidenen Ansätze einer Steuerreform und Reform des Bodenrechts stießen auf so massive Widerstände, daß letztlich nur noch dort reformiert werden konnte, wo alles beim Alten blieb. Die Arbeiterschaft konnte mit dieser sozialdemokratischen Reformpolitik am Beispiel des geänderten Betriebsverfassungsgesetzes ihre eigenen Erfahrungen machen. Sogar Forderungen der Gewerkschaften, die selbst noch nicht einmal Grenzen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im Betrieb überschritten, blieben bei dieser "Reform der Betriebsverfassung" auf der Strecke. Das neue Gesetz hält ebenso wie das alte von 1952 an der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat und an der betrieblichen Friedenspflicht fest. Die Ausweitung der Rechte des Betriebsrates und der Individualrechte des Arbeiters ändern nichts an den Regeln, unter denen der Interessengegensatz im Betrieb ausgetragen werden kann. An keinem anderen Beispiel läßt sich der Charakter sozialdemokratischer Reformpolitik für die Arbeiterschaft so klar erkennen wie an diesem Gesetz. Das langwierige Feilschen um klägliche Änderungen einzelner Paragraphen offenbarte darüber hinaus, wo dieser Politik objektive Grenzen gesetzt sind.

Die Massenloyalität der Arbeiterschaft zur SPD überwinden

Die SPD konnte der Massenloyalität der Arbeiterschaft sicher sein, solange sie als Oppositionspartei nur ein scheinbar den Interessen der Arbeiterschaft entsprechendes Programm zu vertreten hatte und dieses Programm für unterschiedliche Interpretationen freien Raum ließ. Sowohl sozialistische Arbeiter als auch jene, die sich mit der bestehenden Wirtschaftsordnung identifizierten, konnten von dieser SPD erwarten, daß durch eine sozialdemokratische Regierung gerade so viel anders werden würde, als sie für notwendig hielten. Da die Partei darauf angewiesen war, sich für einen Wahlerfolg die Loyalität und die politischen Erwartungen ganz unterschiedlicher politischer Richtungen zu erhalten, konnte ihr nicht daran gelegen sein, Widersprüche des sozialdemokratischen Programms zu klären. Sie mußte sogar daran interessiert sein, "linke" Interpretationen ihrer eigenen Strategie bzw. die Diskussion einer "linken" Strategie auf dem Boden ihres Programms zuzulassen, um auch jene Kräfte noch an die SPD zu binden, die Sozialisten sein wollten, sich aber aus den unterschiedlichsten Gründen zu einer sozialistischen Alternative zur SPD nicht durchringen konnten. Die "Linken" in der SPD erfüllten daher für die SPD eine wichtige Funktion: sie integrierten ihr politisches Potential, das auf Mög-



"Sozial-Partnerschaft"

lichkeiten einer sozialistischen Politik wartete und das von diesen "Linken" auf Veränderungen in dieser Partei vertröstet werden konnte. Sich selbst gegenüber rechtfertigte sich diese "Linke" mit der fehlenden Alternative. Daß es ihre Aufgabe war, eine solche auch zu verhindern, mußte von ihr solange geleugnet werden, als ihnen die SPD erlaubte, sich in dieser Partei zu organisieren und in ihr politisch tätig zu werden.

Hat die SPD als Oppositionspartei sich die Massenloyalität der Arbeiterschaft erhalten können und - weil sie selbst darauf angewiesen war - den "Linken" in der SPD zu ihrer politischen Lebenslüge verholfen, so wird das Verhältnis zwischen SPD und der Arbeiter-

schaft in dem Umfange von irrationalen Bindungen befreit, als sich durch die Erfahrung mit sozialdemokratischer Reformpolitik der objektive Interessengegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und dieser Politik offenbart.

Das bisher blinde Vertrauen, es werde anders, wenn die SPD einmal an der Regierung sei, ist bereits bei einem großen Teil der Arbeiterschaft geschwunden. Der Erfahrung, daß nichts anders werden konnte, wird die Erkenntnis folgen müssen, warum sich durch sozialdemokratische Politik an den kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen nichts ändern kann. Zu dieser Erkenntnis wird die Arbeiterschaft nicht fortschreiten können, wenn die SPD in der Opposition die alten Illusionen wieder aufrecht erhalten kann, von denen sie über Jahrzehnte hinweg gelebt hat. Die Arbeiterschaft muß die Möglichkeit haben, aus der Erfahrung mit sozialdemokratischer Politik zu lernen, um Erwartungshaltungen überwinden zu können, die diese Arbeiterschaft in eine irrationale Abhängigkeit an die SPD gebunden haben. Es hilft einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik wenig, wenn in einer theoretischen Diskussion der Charakter der SPD analysiert wird, diese Analysen sich jedoch mit einem politischen Lernprozeß der Arbeiterschaft nicht verbinden lassen.

Der Charakter sozialdemokratischer Politik muß von der Arbeiterschaft in einer von ihr selbst durchgehaltenen Auseinandersetzung mit der SPD erkannt werden. Diese Auseinandersetzung beginnt bereits mit einer politischen Begründung für die Wahl der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen: Wer nicht nur deshalb SPD wählt, weil er sie schon immer gewählt hat und die SPD eben "seine Partei" ist, sondern weil eine Strauß/Barzel-Regierung verhindert werden soll, hat bereits einen ersten Schritt aus dieser irrationalen Abhängigkeit getan. Wer SPD wählen kann, weil das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik ihn dazu zwingt, und wer sich durch seine Wahlentscheidung nicht mehr mit jener Partei identifiziert, die er gewählt hat, der hat zu den bürgerlichen Parteien dieses parlamentarischen Systems bereits ein taktisch begründetes Verhältnis gefunden. Diese Taktik kann aber nur in einer Strategie begründet werden, deren Schwerpunkt in der Reorganisierung der Arbeiterbewegung an den Erfahrungen im Klassenkampf liegt.

Aus "links" - Sozialistische Zeitung, Okt. 1972

Sozialpolitik

Die Anträge der CDU/CSU zur Rentenreform, die der Bundestag noch kurz vor seiner Auflösung annahm, sollten das soziale Image der Opposition verbessern. In Wirklichkeit hat man damit über Mittel bestimmt, die zwar von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden, aber ihrer Verfügungsgewalt entzogen sind. Ursprüngliche Zielsetzungen der Arbeiterbewegung zur sozialen Sicherung in selbstverantwortlichen Solidargemeinschaften wurden so durch Eingriffe des Staates verfälscht. Wir wollen nun diese ersten Ansätze zu echten Selbstverwaltungsorganen aufgreifen und entsprechend den heutigen Bedingungen weiter entwickeln. In weiteren Artikeln sollen dann einzelne Bereiche der sozialen Sicherung auf Möglichkeiten der Selbstbestimmung untersucht werden.

Sozialethisches Mäntelchen

Vor 8o Jahren nahmen in Deutschland die ersten Rentenversicherungsträger ihre Tätigkeit auf. Die Altersrente konnte ab 7o Jahren nach 3ojähriger Wartezeit bezogen werden. Hinterbliebenenrente wurde nicht gewährt. Ursprünglich für Arbeiter und gering verdienende Angestellte gedacht, wurde 1913 auch die wachsende Angestelltenschaft in einer eigenen Anstalt versichert. Das Gesetz über Invaliditäts- und Altersversicherung und die Kranken- und Unfallversicherung 1883 - 84 waren von reinen Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt, denen ein sozialethisches Mäntelchen umgehängt wurde. Es ging darum, der damals noch revolutionären Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen und den miserablen Gesundheitszustand der Rekruten aus der Arbeiterklasse zu verbessern. In einer Thronrede wurde 1881 festgestellt, daß Unzulänglichkeiten in der staatlichen Sozialhilfe dazu beigetragen hätten, "Angehörige dieser Berufsgruppe (Arbeiter) dazu zu führen, daß sie in der Mithilfe sozialdemokratischer Bestrebungen den Weg zur Abhilfe suchten." In Bestrebungen durch Selbsthilfe, kollektive solidarische Bewußtseinsentwicklungen in der Arbeiterschaft herbeizuführen, erblickte die damalige Herrschaftsschicht gefährliche Tendenzen.

Bebels Musterstatut

Der Bebelsche Entwurf zur internationalen Metallarbeiterkonferenz 1869 in Nürnberg z.B. hatte kooperative, sozialistische Grundzüge. In § 1 des Musterstatuts hieß es:

"a) Abschaffung aller bestehenden Zwangskassen und Einführung freier Krankenunterstützungs- und Begräbniskassen.
b) Errichtung einer allgemeinen Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse.
c) Gründung einer allgemeinen Wanderunterstützungskasse.
d) Gewährung von Schutz an die Mitglieder gegen Bedrückung oder ungerechtfertigte Anforderungen von Seiten der Arbeitgeber und Behörden, nötigenfalls Bestreitung der Kosten für alle gerichtlichen und

außergerichtlichen Klagen und Führung der Prozesse aus der Genossenschaftskasse.
Bildung eines Fonds:
1. Zur Unterstützung solcher Mitglieder der Genossenschaft, welche durch Maßregelung seitens der Arbeitgeber oder durch Arbeitseinstellung außer Arbeit sind.
2. Zur Unterstützung in Fällen der Not.

e) Förderung und Unterstützung von Produktivgenossenschaften, um damit das Hauptmittel zur Hebung des Arbeiterstandes zu erlangen, indem dadurch der Arbeitslohn durch den Arbeitsertrag ersetzt wird.
f) Statistische Erhebungen über Höhe der Löhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise und den Stand des Arbeitsmarktes überhaupt, Arbeitsvermittlung.
g) Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens."

Fast alle der von Bebel geforderten freien Vereinigungen sind heute in staatlich kontrollierten Einrichtungen entmündigt.

Vormundschaft abschaffen

Die Ansätze freier sozialistischer Kooperationen bekämpften die Herrschenden mit allen Mitteln. Durch staatliche Maßnahmen kanalisiert, wurden die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung und die Krankenversicherung z.B. als "Selbstverwaltungskörperschaften" unter staatliche Vormundschaft gestellt und Unternehmerrechte darin verankert. Aus den freien solidarischen Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter in Bebels Musterstatut wurden bürokratisierte Großorganisationen, die anonym für die höchstmögliche Verwertung der Arbeitskraft der Versicherten zu sorgen haben. Die verschütteten Ansätze solidarischen und kooperativen Handelns der Arbeiterschaft sollten wieder aufgenommen werden und Teil einer sozialistischen Strategie in den "sozialen Selbstverwaltungsorganisationen" werden. Es gilt zu untersuchen, wie weit sie Funktionen im Ausbeutungsprozeß haben, wie diese entlarvt und gegenüber den Arbeitern die Notwendigkeit echter sozialistischer Zielsetzungen in diesen Einrichtungen begründet werden kann. Es müssen Forderungen entwickelt werden, die kollektive kooperative Formen sozialer Selbsthilfe durch die Durchsetzung ursprünglicher sozialistischer Zielsetzungen aufzeigen.

Offene Wahlen durchsetzen

1969 wurde die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung durch gegenseitigen Ausgleich (Liquiditätshilfe) verbunden. Die Beibehaltung der Zweiteilung aber soll den Arbeitern beim "Aufstieg" zu den Angestellten die Illusion einer gesellschaftlichen Privilegierung erhalten. Die Anhebung der Beitragssätze bis 1973 auf 18 % führte 1970 schon zu einer Milliarde Überschuß und wird 1973 um 5 Milliarden DM erreichen. Damit könnte das Altersruhegeld heute schon ab 6o anstatt der vorgesehenen 63 Jahre gewährt werden, da das durchschnittliche Renteneintrittsalter heute sowieso schon 61 Jahre beträgt. Darüber hinaus wäre es möglich, den Rentendurchschnitt von 42,5 % des Einkommens der Erwerbstätigen erheblich zu erhöhen. Stattdessen will die Bundesregierung Wählerstimmen aus bürgerlichen Schichten mit einer Rentenversicherung für bisher noch nicht gesicherte Gruppen der Selbständigen gewinnen, indem sie die Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung anzapft. Die Handwerkerversicherung, ebenfalls eine politische Auflage der Bundesregierung, belastet schon seit 1962 die Invalidenversicherung mit 1,7 Milliarden DM Defizit. Eine wirksame Kontrolle des Verwaltungsapparates der Selbstverwaltungsorgane und die Einschaltung der Mitglieder bei politischen Auflagen des Staates ist nur möglich, wenn die bisher anonym gebliebenen Versichertenvertreter öffentlich Rechenschaft ablegen müssen und Wahlen künftig nicht mehr ausgehandelt, sondern durch die Versicherten direkt für örtlich begrenzte Bereiche vorgenommen werden.

Manipulation verhindern

Die betriebliche Zusatzrente, die von den Unternehmern benutzt wird, um steuerfreie Kapitalrückstellungen zu tätigen und die Arbeiter an den Betrieb zu binden, wird durch die fehlende Dymanisierung und durch die Anrechnung der Sozialversicherungsrente in ihrem Wert stark eingeschränkt. Diese Gelder werden aus den Arbeitern herausgewirtschaftet und sollten auch von ihnen selbst verwaltet werden. Sie müssen künftig in betrieblichen Vereinbarungen den jeweiligen Lohnerhöhungen angeglichen werden. Darüber hinaus sollten überbetriebliche Verträge absichern, daß beim Betriebswechsel bisherige Anrechte erhalten bleiben.

Ein besonderes Kapital der Manipulation bilden die ärztlichen Gutachten bei Rentenanträgen. Zu dem Einfluß der Versicherungen auf die Gutachter in ihren Häusern,kommt die Praxis "neutralen" Gutachtern die abschlägigen Befunde der Versicherungsärzte zur Einsicht mitzuliefern, wobei ganze Passagen der Vorgutachten wegen Arbeitsüberlastung einfach abgeschrieben und vom eigentlichen Gutachter, der den Patienten kaum gesehen hat, mit Unterschrift bestätigt werden. Der unabhängige sozialmedizinische Dienst für alle Versicherungen - eine unabdingbare Voraussetzung gerechter Leistungsgewährung - kann nur in einer überbetrieblichen Kampffront, durch die Entlarvung der bisherigen inhumanen Praxis, durchgesetzt werden.

Gesundheitsdienst kurieren

Anstelle des Verbots der Arzneimittelwerbung, verbunden mit einer staatlichen Überprüfung der Wirkung neuer Medikamente, um eine Wiederholung der Contergan-Katastrophe zu verhindern, werden die Patienten zur Ader gelassen, obwohl der durch Werbung übersteigerte Arzneimittelkonsum durch höhere Belastung der Versicherten nicht zu bremsen ist. Die Konfusion in der durch Profitstreben gesteuerten "Gesundheitspolitik", die Wertung nur nach dem Nutzeffekt des Mitgliedes, wird deutlich in der Belohnung von 1o DM für jeden Versicherten, der für ein Vierteljahr den Arzt gemieden hat. Dabei stieg durch den Streß am Arbeitsplatz der Prozentsatz der arbeitsunfähigen Männer und Frauen, die an vegetativen und funktionellen Störungen leiden, auf 4o von 1oo an. Laut Bun-

desarbeitsgerichtsurteil aber können Arbeiter, die längere Zeit krank sind und nicht invalidisiert werden, auf die Straße gesetzt werden. Dies trifft gerade besonders ältere Menschen und beleuchtet den Ausbeutungscharakter auch scheinbar sozialer Einrichtungen, die dem Versicherten auch dann die Rente verweigern, wenn sein Arbeitgeber ihn wegen seines Gesundheitszustandes kündigt.

Eine Verstaatlichung des gesamten Gesundheitsdienstes mit genau festgelegten Finanzierungsaufgaben für Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden würde den Krankenhausverwaltungen z.B. eine rationellere Vorausplanung ermöglichen, die genutzt werden könnte zur optimalen Auswertung moderner medizinischer Anlagen durch den Ausbau der Krankenhäuser auf mindestens 300 Betten. Diese Einrichtungen sollen aber nicht zur Erzielung von Millioneneinkommen benutzt, sondern in ihren überholten Autoritätsstrukturen abgebaut werden. Nachdem die Versicherten einen Großteil der Kosten aufbringen, muß die Forderung gestellt werden, daß Beauftragte der Betriebe, die in dem Einzugsgebiet der Krankenhäuser liegen, in deren Leitungsgremien über die Verwendung der Versichertengelder bestimmen und ihren Kollegen darüber berichten.

Sozialdienst sozialisieren

Die Beiträge der Unternehmer zu sozialen Einrichtungen und Selbstverwaltungskörperschaften sind echte Lohnbestandteile und werden von ihnen auch als solche gewertet. Die staatlichen Leistungen decken in keinem Fall die Kosten, die durch politische Auflagen entstehen. Beide, Unternehmer und Staat, haben also in der Leitung und bei der Leistungsgewährung kein Recht, über Gelder zu befinden, die ihnen nicht gehören. Die Versicherten sollten über ihre Organisationen im Rahmen lohnpolitischer Auseinandersetzungen und freier Vereinbarungen bestimmen, wieviel von den aus ihnen herausgewirtschafteten Unternehmergewinnen in die Versicherungskassen fließen und daß Auflagen des Staates voll von ihm übernommen werden. Die Organisationsstruktur solcher echter Selbstverwaltungen muß so gestaltet werden, daß die untersten örtlichen Organe von den Mitgliedern übersehen und kontrolliert werden können. Ihre Beauftragten müssen auf allen Ebenen der Verwaltung in offener Wahl gewählt werden und jederzeit abwählbar sein. In regelmäßig stattfindenden Betriebsversammlungen sollen sie Bericht erstatten und müssen Entlastung erhalten. Die Anonymität bürokratisierter Entscheidungen muß beseitigt und Härtefälle müssen durch die Versicherten selbst oder durch ihnen direkt verantwortliche Beauftragte reguliert werden können. So würden aus Instrumenten zur höchstmöglichen kapitalistischen Ausnutzung des Menschen echte sozialisierte, solidarische Einrichtungen.

I M P R E S S U M

Die Sozialistische Betriebskorrespondenz (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro und Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postfach 591. Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Klaus Vack, Offenbach; Druck: A. W. Dunker, Frankfurt

Streik bei AKZO

Daß auch gegen Stillegungen ein erfolgreicher Kampf möglich ist, hat die internationale Solidarität der Arbeiter aus Holland und der BRD jetzt gezeigt: Der international verzweigte AKZO-Chemiefaser-Konzern hatte einen "Strukturplan" ausgearbeitet, nach dem die zum Konzern gehörigen Werke von ENKA-Glanzstoff in Holland, Belgien, der BRD und der Schweiz geschlossen werden sollten. Um die Gewinnchancen des Konzerns zu verbessern, sollte die Produktion eingestellt werden und etwa 6000 Arbeiter auf die Straße fliegen.
Der Betriebsrat des Werkes in Breda (Holland) mit 1700 Beschäftigten versuchte seit April 1972 in Verhandlungen mit der Konzernleitung die Stillegungen zu verhindern. Die Kollegen in Breda wären von der Stillegung besonders schwer betroffen gewesen. Das Werk Breda ist das modernste des Konzerns, die Arbeitslosenrate in dieser Region ist die höchste der Niederlande.

Als sich im September 1972 herausstellte, daß die Konzernleitung auf dem Verhandlungswege nicht zum Nachgeben gezwungen werden konnte, entschlossen sich die Kollegen zu Kampfmaßnahmen: sie besetzten den Betrieb. Die gut vorbereitete Aktion, unterstützt von allen Gewerkschaften, lief am 18. September an. Unter der Leitung eines gewählten Komitees aus Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsvertretern wurden alle wichtigen Schaltstellen des Betriebs von den Arbeitern übernommen. Nur die leitenden Angestellten und die Direktion verließen den Betrieb. Alle Kollegen blieben im Betrieb. Eine Tag- und Nachtwache wurde eingerichtet, die Eingänge kontrolliert. Die Bevölkerung und die Familien der Arbeiter wurden über Lautsprecher und Flugblätter informiert. Die Forderung hieß: Der Betrieb bleibt solange besetzt, bis die AKZO-Konzernleitung die Stillegungspläne für alle Werke zurücknimmt.
Als die Kollegen im Glanzstoff-Werk Bemberg in Wuppertal-Barmen am 19. September von der Aktion in Breda hörten, beschlossen sie in einer sofort einberufenen Belegschaftsversammlung, die Forderung der Kollegen aus Breda durch einen Streik zu unterstützen. Nach Breda wurde eine Delegation gesandt, die die Solidarität der Arbeiter des deutschen Werkes bekundete. Sowohl in Breda als auch in Wuppertal-Barmen wurde der Streik auch von den ausländischen Kollegen voll mitgetragen. Nach drei Tagen mußte die Konzernleitung nachgeben. Wegen der "starken" Reaktionen der Arbeiter, wie es hieß. Alle Stillegungspläne wurden zurückgezogen.

Aus: GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG, Nr. 35

9. Gewerkschaftstag der IG Chemie

Dem Gewerkschaftstag ging ein Berichtszeitraum voraus, dessen wichtigstes Ereignis der Streik in der chemischen Industrie während der Tarifrunde 1971 gewesen war. Dieser Streik offenbarte die gewerkschaftliche Schwäche, insbesondere im Bereich der chemischen Großkonzerne, wo die partnerschaftliche Politik der Betriebsräte wirksame Streikbewegungen verhinderte. Andererseits erwies sich die IG Chemie dort als streikfähig, wo gewerkschaftliche Vertrauensleutegruppen existierten. Kein Wunder also, daß Fragen der Tarifpolitik und des Vertrauensleutekonzepts im Mittelpunkt des Kongresses standen.

Obwohl in keiner anderen deutschen Gewerkschaft die Stellung der Vertrauensleute institutionell und kompetenzmäßig so stark ist wie in der IG Chemie, zeigte der Verlauf des Gewerkschaftstages immer noch die schwankende Haltung der Gewerkschaft: Sie pendelt zwischen dem Beharrungsvermögen einer traditionell von den Betriebsräten getragenen Politik und dem Erneuerungsversuch durch gewerkschaftliche Vertrauensleute-Kader.

Geschäftsbericht

Im Zentrum der Aussprache zum Geschäftsbericht stand eine Auseinandersetzung über den Streik 1971. Fast jeder Diskussionsredner bemängelte das Fehlen einer Streikanalyse: "Das, was die Delegierten erwarten konnten, wird aber nicht gegeben: eine umfassende Darstellung des Streiks, seiner Auswirkungen und der Konzequenzen, die die IG Chemie daraus ziehen will." In der Tat finden sich im 600 Seiten starken schriftlichen Bericht lediglich belanglose Anmerkungen (1 Seite!) und zweitrangige formale Informationen (2 1/2 Seiten). So heißt es im Geschäftsbericht des zuständigen Vorstandsmitgliedes, Erwin Grützner: "Ohne auf Einzelheiten des Ablaufs der Tarifrunde 1971 in der chemischen Industrie an dieser Stelle einzugehen, sei festgehalten, daß sich der Hauptvorstand sowohl in seinen turnusgemäß stattfindenden Sitzungen als auch in Sondersitzungen mit den Bezirksleitern laufend mit der Situation in der chemischen Industrie beschäftigt und notwendige Beschlüsse gefaßt hat." - Im Informationsteil fehlt z.B. eine Streikstatistik. Der Hauptvorstand meidet eine Streikdokumentation und -analyse wie die Pest. Sein Motiv dürfte sein, die zu erwartenden internen persönlichen und sachlichen Auseinandersetzungen, die bereits während des Streiks sehr heftig waren, zu unterbinden, mißliebige Beschlüsse auf dem Gewerkschaftstag verhindern und sich so den eigenen politischen Spielraum offenzuhalten. Die Diskussion hatte nur noch den Sinn, die Kritiker abreagieren zu lassen.

Zwar haben fast alle Diskussionsredner versucht, offene Fragen der Tarifrunde und des Streiks 1971 anzuschneiden, der Hauptvorstand ließ sich jedoch nicht aus der Reserve locken. Er gestand zwar zu, daß "der Streik das wichtigste Ereignis des Berichtszeitraums" war (Grützner) und daß die "Streikanalyse das schwierigste Thema" ist (Hauenschild), lehnte aber eine intensive Diskussion mit der fadenscheinigen Begründung ab, sie sei gewerkschaftsschädigend. "Es versteht sich, daß man die Erwägungen, die Taktik und innerorganisatorische Probleme betreffen, nicht auf dem Markt verkaufen kann" (Grützner); sie müssen "intern, nicht in voller Öffentlichkeit" (Hauenschild) behandelt werden, um dem Gegner keine Anhaltspunkte zu geben. Diese Argumentation ist nicht ernst zu nehmen, denn zum einen ist der Gegner bestens informiert und zum zweiten verhindert eine offene Diskussion in der Gewerkschaft notwendige gewerkschaftsinterne Veränderungen. Im übrigen: eine Streikanalyse findet sich in dem Fischer-Taschenbuch "Gewerkschaften und Klassenkampf".

Delegiertenstruktur und Wahlen

Die wichtigsten Angaben über die Zusammensetzung der 380 Delegierten besagen, daß 24,5 Prozent hauptamtliche Sekretäre und 75,5 Prozent ehrenamtliche Funktionäre, daß 68 Prozent gewerbliche Arbeitnehmer und 32 Prozent Angestellte waren, die im Vergleich zur Mitgliederstruktur überrepräsentiert waren, denn ihr Anteil beträgt nur 14 Prozent.

Bei den Wahlen wurde der gesamte geschäftsführende Hauptvorstand wiedergewählt. Auch der in der Aussprache zum Geschäftsbericht hart angegriffene Tarifexperte Grützner wurde erneut bestätigt. Freilich hatten die Opponenten auf die Aufstellung eines Gegenkandidaten verzichtet, was sich im Nachhinein als Fehler erwies, denn man weiß jetzt nicht, wie viele Delegierte ernsthaft bereit gewesen wären, eine neue Tarifpolitik mit einem neuen Mann durchzusetzen.

Das Wahlergebnis zum geschäftsführenden Hauptvorstand:
1. Vorsitzender: Karl Hauenschild, 325 von 377 abgegebenen Stimmen
2. Vorsitzende: Werner Vitt, 326 von 380 abgegebenen Stimmen; Ferdinand Eichhorn, 270 von 380 abgegebenen Stimmen
Kassierer: Heinz Voßhenrich, 328 von 376 abgegebenen Stimmen
die vier weiteren geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglieder: Hermann Rappe 312, Liesel Winkelsträter 291, Paul Plumeyer 237 und Erwin Grützner 213 von jeweils 377 abgegebenen Stimmen.

Vertrauensleute

Wie ungesichert die Position der Vertrauensleute noch immer ist, zeigen einige Passagen im schriftlichen Geschäftsbericht des zuständigen Hauptvorstandsmitgliedes Paul Plumeyer. Er erkennt die gewerkschaftlichen Vertrauensleute gemäß Satzung und Richtlinien als die Repräsentanten der Organisation im Betrieb an. Gleichzeitig versteht Plumeyer "praktische Gewerkschaftsarbeit als Lebenshilfe" und die Rolle der Vertrauensleute als gewerkschaftliche Seelsorger; in seinem Bericht heißt es unter dem Stichwort "Vertrauensleutearbeit": "Es sind nicht immer die großen Probleme unserer

Gegenwart, die uns das Leben erschweren. Oft genug sind es die kleinen alltäglichen Mißhelligkeiten oder die für andere kaum erkennbaren Widerwärtigkeiten, die unser Denken und Handeln bestimmen. Ob uns diese Beschwernisse im häuslichen Lebenskreis oder im Betrieb begegnen, ist keine Frage der Lebenskunst, sondern eine Frage der zeitlichen Gewichtung unserer Erlebniswelt (redaktionelle Anmerkung: welcher Leser kann diesem Satz einen Sinn abgewinnen?). Wer als Arbeitnehmer seine betriebliche Umwelt aber bewußt erlebt, kommt früher oder später zu der Erkenntnis, daß viele der täglichen Lebensbeschwernisse in Wirklichkeit nicht persönliches Mißgeschick, sondern erkennbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Position des Arbeitnehmers ist. Dieses Unbehagen zu artikulieren und gleichzeitig Wege zur Verbesserung aufzuzeigen, ist Aufgabe und Inhalt der Arbeit des gewerkschaftlichen Vertrauensmannes oder der Vertrauensfrau. Wenn diese Kolleginnen oder Kollegen aber nicht zur sozialhygienischen Beschwichtigungs-Institution werden sollen, muß zur persönlichen Einsatzbereitschaft für den Nächsten das Wissen um die Möglichkeit und Grenzen unserer gewerkschaftlichen Gestaltungsfähigkeit treten."

Erst im mündlich nachgetragenen Bericht des Kollegen Plumeyer finden sich wieder ernst zu nehmende Diskussionsbeiträge. So fordert er "gewerkschaftliche Gestaltungsmacht im Betrieb" und lehnt es ab, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu "betrieblichen Kommunikationsstationen bei der Konfliktlösung zu degradieren." Plumeyer erkennt richtig, daß betriebliche Vertrauensleute ein Instrument der Arbeitgeber sind, als "seismographische Frühwarnstelle" zu dienen und Konflikte zu melden oder selbst aufzufangen.

Ein anderer wichtiger Punkt der Vertrauensleutearbeit ist das Verhältnis von Vertrauensleuten und Betriebsräten. Hier vertritt der Hauptvorstand die Meinung, daß beide Gremien die gleiche gewerkschaftliche Zielsetzung haben, deshalb gleichberechtigt sind und sich gegenseitig ergänzen müssen. "Gewerkschaftliche Vertrauensleute ohne Betriebsräte verzichten auf Gestaltungsspielraum. Betriebsräte ohne gewerkschaftliche Vertrauensleute aber degenerieren auf Dauer zwangsläufig zu einer besonderen Art Sozialabteilung."

Ein konsequentes Vertrauensleutekonzept dagegen strebt an, "daß die Vertrauensleute Forderungen aufstellen und in Form betrieblicher Kommissionen als gewerkschaftliche Betriebsvertretung (wozu eine entsprechende Vollmacht in Tarifrichtlinien und Satzung sowie eine entsprechende Tarifvertragspolitik gehören) die Verhandlungen mit den Unternehmern führen. Die Betriebsräte haben diese Ergebnisse entsprechend den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes dann in die Praxis umzusetzen." (Aus: Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie)
Da bei den diesjährigen Betriebsratswahlen viele jener Vertrauensleute gewählt worden sind, die sich im Streik hervorragend geschlagen haben, sind zwei Probleme absehbar. Zum einen müssen sich die Vertrauensleutekörper personell erneuern, um über eine eigenständige Vertretung gegenüber dem Betriebsrat zu verfügen; zum anderen muß verhindert werden, daß sich die neuen Betriebsratsmitglieder der gewerkschaftlichen Kontrolle entziehen und selbst Betriebsratsfürsten werden.

Anträge und Beschlüsse

Die übergroße Mehrheit der Anträge war auf eine Stärkung der Vertrauensleute gerichtet. Diese Tendenz versuchte der Hauptvorstand durch eigene Anträge abzuschwächen. Ergebnis ist, daß er sich in der Regel durchsetzen konnte. In einer, allerdings sehr wichtigen Frage, mißlang die Taktik des Hauptvorstands. Die Frankfurter Verwaltungsstelle beantragte, in § 13 der Satzung neu aufzunehmen: "Die Tarifkommissionsmitglieder werden in Vertrauensleute-Versammlungen gewählt und bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellenvorstand." - Der Hauptvorstand wollte den Vertrauensleuten kein Wahlrecht, sondern lediglich ein Vorschlagsrecht zugestehen. Der Gewerkschaftstag verwarf den Vorstandsvorschlag und stimmte dem Frankfurter Antrag zu.

Andere, in die gleiche Richtung gehende Anträge zur Stärkung der Vertrauensleute und zur Demokratisierung der Tarifpolitik, wurden von den gleichen Delegierten zugunsten der abgeschwächten Hauptvorstands-Vorschläge zurückgewiesen. Diese gespaltene Haltung war charakteristisch für diesen Kongreß. Erst langsam und stets von Rückschlägen bedroht, kann sich eine progressive Gewerkschaftspolitik durchsetzen. Abgelehnt wurden z.B. alle Anträge, die für die Vertrauensleute ein Mitbestimmungsrecht für die Festsetzung von Urabstimmungen forderten, sowie alle Anträge, die den Vertrauensleuten oder den Mitgliedern vor der endgültigen Annahme von Tarifvereinbarungen ein - neben Hauptvorstand und Tarifkommissionen - gleichberechtigtes Mitentscheidungsrecht einräumen wollten. Auch Vorschläge, die Vertrauensleute bei der Vorbereitung von Tarifrunden stärker zu beteiligen, wurden zurückgewiesen. Nach dem vom Vorstand vorgelegten Antrag können künftig die Vertrauensleute vor Beginn von Tarifverhandlungen über die tarifpolitischen Wünsche "diskutieren". Die Ergebnisse dieser Diskussion dürfen der zuständigen Tarifkommission vorgetragen werden, die diese in ihre Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen soll. "Die Verhandlungs- und Abschlußvollmacht der Tarifkommissionen bleibt in den Grenzen, wie sie sich aus den Tarifrichtlinien und der Satzung ergeben, unberührt."

Der einzige, allerdings gewichtige Unterschied zu früher ist also, daß die Vertrauensleute mehr Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Tarifkommissionen haben, nicht jedoch auf den Ablauf einer Tarifrunde, hier bleiben ihre Einwirkungsmöglichkeiten nach wie vor gering.

Aus: "express-international", 11. Okt. 1972

In der REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN publiziert das Sozialistische Büro in Zusammenarbeit mit Gruppen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen, Materialien zur Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Besonders wichtig für jeden Gewerkschafter ist der vom Autorenkollektiv "express-international" verfaßte Titel GEWERKSCHAFTLICHE VERTRAUENSLEUTE FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE BETRIEBSSTRATEGIE. Die Schrift kostet DM 2,5o und bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren DM 2.-- je Stück. Bezug über Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591.

BETRIEBSRATSARBEIT BEI DAIMLER BENZ

In der SBK 4/72 berichteten wir ausführlich über die Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz und den Wahlerfolg der Liste Willi Hoss, Hermann Mühleisen und Mario D'Andrea, die 27 % der Arbeiterstimmen im Werk Untertürkheim auf sich vereinigen konnten. Inzwischen hat die "plakat"-Betriebszeitung ein Interview mit Willi Hoss veröffentlicht, in dem Hoss zur Betriebsratsarbeit bei Daimler-Benz Stellung nimmt.

"plakat": Kollege Hoss, was ist nach noch kurzer Betriebsratsarbeit zu sagen?

Hoss: Wir stellen fest, daß die Betriebsräte der Hauff-Liste daran arbeiten, die Scharte auszuwetzen, die sie bei den Betriebsratswahlen hinnehmen mußten. Kollege Berg von der Ortsverwaltung hat ja gesagt: "Wir haben offensichtlich Fehler gemacht." Alle Betriebsräte der Hauff-Liste strengen sich stärker an, das Vertrauen aller Kollegen wieder zu gewinnen. Das kommt den Absichten der Belegschaft und unseren Absichten entgegen. Der Betriebsrat muß mehr leisten als bisher, mehr Forderungen durchsetzen, das kann für uns alle nur gut sein.

"plakat": Sind sich die Kollegen dieser Situation bewußt?

Hoss: Ich glaube nicht, daß alle Kollegen diese Situation schon verstanden haben. Die Zeit ist jetzt günstig, mit Problemen, die einzelne und Gruppen von Kollegen haben, an die Vertrauensleute und den Betriebsrat heranzutreten. Es wird sich zeigen, ob alle Betriebsräte - uns nicht ausgenommen - ihre Vorsätze einlösen.

"plakat": Die Auseinandersetzung zwischen der Hauff-Liste und der Liste 2 hat sich also nicht zum Schaden der Belegschaft ausgewirkt. Aber dabei wollt ihr doch nicht stehen bleiben. Was ist aus den Forderungen geworden, die ihr vor der Wahl aufgestellt habt?

Hoss: Unsere Forderungen sind noch in der Diskussion:
1. Die Abschaffung von 75,-- DM Extrageld monatlich für Betriebsräte: Wir haben diesen Antrag im Betriebsrat gestellt und nach einer Beratung dieser Frage im Gesamtbetriebsrat die Antwort erhalten: Die 75.-- DM werden beibehalten. Allerdings wurde gesagt, daß nach einer anderen Regelung gesucht würde. Wir drei von der Liste 2 haben daraufhin beschlossen, diese 75.-- DM in einen Fonds zu tun, aus dem wir unsere Informationen an die Belegschaft finanzieren. Wir fordern alle anderen Betriebsräte, die die Annahme des Extrageldes ebenfalls gegenüber der Belegschaft nicht verantworten können, auf, unseren Fonds zu unterstützen.
2. Viel schwieriger gestaltet sich das Wasserproblem: Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß es für uns drei ungemein schwer ist, gegen die Geschäftsleitung anzukommen bei einer Haltung maßgeblicher Betriebsräte, die nicht daran interessiert sind, daß wir in dieser Frage Recht bekommen. Sowohl in Sitzungen der Sicherheitsbeauftragten als auch bei einer Betriebsratssitzung hat die Geschäftsleitung Sachverständige aufgeboten, die mit Hinweis auf Analysen des Gesundheitsamtes und mit weiteren Argumenten zu dem Ergebnis kamen: "Das Wasser ist gut."

"plakat": Soll das heißen, daß sie euch nachweisen konnten, daß eure Beobachtungen und die Beobachtungen vieler Kollegen "mit dem Wasser stimmt was nicht" falsch waren?

Hoss: Nein, das konnten sie nicht. Wir haben nur gemerkt, daß wir noch gründlicher und mit noch mehr Kenntnis in dieses Problem einsteigen müssen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß sich unser Dusch- und Waschwasser von dem Wasser, das in unseren Wohnungen aus den Leitungen fließt, negativ unterscheidet. Unser Dusch- und Waschwasser hat keine Trinkwasserqualität - das soll es aber haben: wir gehen davon aus, daß bei den ohnehin schon vorhandenen Umweltschutzproblemen das Beste für uns gerade gut genug ist.

"plakat": Aber eure Argumente sind euch genommen worden?

Hoss: Nein, das ist nicht der Fall. Wir sind bei den Diskussionen um dieses Problem auf folgendes gestoßen: In dem Reinwasserbecken unter dem Wasserwerk wird das zur Kühlung der Maschinenanlagen verwendete Brauchwasser mit dem zu uns gelangenden Dusch- und Waschwasser vermischt. Dieses zur Kühlung der Maschinen installierte Leitungs- und Rückflutungssystem ist aber auch an verschiedenen Stellen im Betrieb von außen zugänglich: die Sachverständigen haben zugegeben, daß im rücklaufenden Brauchwasser an einem groben Filter vor dem Reinwasserbecken Fremdkörper aufgefangen wurden: Kippen, Flaschen, Papier etc. Nach den Vorschriften müßte das rücklaufende Wasser zumindest wieder gefiltert und aufbereitet werden. Wie uns mitgeteilt wurde, soll an dem Platz der nach Mettingen verlegten Gießerei eine solche Filteranlage gebaut werden. Unserem Drängen nach Terminen und Beschleunigung dieses Vorhabens durch einen Beschluß des Betriebsrates wurde nicht stattgegeben. Wir sehen aber keinen Grund, in dieser Sache zurückzustecken.
3. Unsere Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen 14 bis 16 im Akkordlohn: Diese Frage wird zur Zeit noch im Akkordausschuß behandelt; es ging uns hierbei in erster Linie darum, an den Bändern Löhne um 7,54 DM herum abzuschaffen: wir sind der Meinung, diese Bezahlung wird der Arbeit an den Bändern keineswegs gerecht. Im wesentlichen meinen wir, daß die Arbeit an den Bändern (z.B. Monotonie, Belastung der Sinne und Nerven etc.) höher bewertet werden soll.

"plakat": Unmittelbar kann man aber nichts tun?

Hoss: Doch. Wir kennen z.B. folgende Situation: Anlernplätze an den Bändern haben den Arbeitswert 14. Es gilt nur für die Anlernzeit. Es gibt Meister, die die Kollegen auch nach der Anlernzeit auf AW 14 belassen. Besonders ausländische Kollegen kennen sich da kaum aus und wehren sich nicht. Alle Betriebsräte und Vertrauensleute sind bereit , solche Fälle sofort in die Hand zu nehmen.

(Weitere Informationen - auch über die Solidaritätsaktion, da gegen Hoss, Mühleisen, D'Andrea ein Verfahren auf Gewerkschaftsausschluß läuft - "plakat" Daimler-Benz, c/o Peter Grohmann, 7 Stuttgart 1, Kernerstr. 49)